

Wahlprüfsteine Bundesverband deutscher Milchviehhalter Antworten der Saar-SPD

I. Milchmarkt

Die Milcherzeuger erleben – neben der permanenten Gefahr von neuen Marktkrisen – aktuell eine schwere Wirtschaftlichkeitskrise ihrer Betriebe. Dies vor allem aufgrund der extremen Preissteigerungen für Hilfs- und Betriebsmittel und den gleichzeitig sehr langsam nachlaufenden Milchzahlungspreisen. Daher muss – neben einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Marktkrisen – auch die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Die aktuellen Notierungen von Milchleitprodukten zeigen eindeutig, dass die Molkereien bei Spotmilchpreisen von über 50 Cent / kg mehr auszahlen könnten, dies aber offenkundig nicht wollen und bedingt durch die Marktstruktur auch nicht müssen.

Parallel dazu ist der Milchmarkt kein regionaler oder nationaler Markt mehr. Vielmehr muss mindestens von einem EU-Binnenmarkt – wenn nicht Weltmarkt – gesprochen werden. Der BDM hat daher schon seit geraumer Zeit ein Krisenmechanismus vorgeschlagen, welcher in solchen Krisenphasen die Milchproduktion an die nachgefragte Menge anpasst und somit ein Abrutschen des Gesamtmarktes verhindert.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen zu den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen?

Als SPD werden wir uns in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen, dass Förderungen auch bei den Milchviehhaltern ankommen. Wichtig für uns ist, dass in der Landwirtschaft stabile und geregelte Preise gezahlt werden, damit Marktschwankungen abgefangen werden können.

2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?

Wenn nötig, werden wir uns als Saar-SPD für entsprechende Maßnahmen aussprechen und entsprechende Förderungen unterstützen.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Als SPD befürworten wir eine Organisation/einen Zusammenschluss von Interessen.

4. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen (Artikel 148 GMO) oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Wenn nötig, werden wir uns als Saar-SPD für entsprechende Maßnahmen aussprechen und entsprechende Förderungen unterstützen.

5. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktstellung der Milchviehhalter durch die Definition dieser als eigene Branche zu erhöhen (BDM-Sektorstrategie 2030)?

Eine Einordnung als Branche wird in Deutschland vom Statistischen Bundesamt vorgenommen. Als saarländische SPD können wir daher keine Definition als Branche vornehmen.

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 / allgemeine Agrarpolitik

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) wurden und werden intensiv geführt. Es geht um die Zukunft unserer ländlichen Räume, der Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von Arbeitsplätzen – auch und gerade im vor- und nachgelagerten Bereich.

Mit der bisherigen Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern und der ungenügenden Transformation der aktuellen GAP wird weder die Zielsetzung der Gewährleistung eines entsprechenden Pro-Kopf-Einkommen der BäuerInnen, noch eine Stabilisierung der Märkte für Agrarprodukte erreicht.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2027 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

2. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2027 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten kann?

Die neue Förderperiode beginnt ab 2023. Hier werden schon Schritte hin zu einer neuen Verteilung der Mittel gemacht, und es werden erhöhte Anforderungen an Nachhaltigkeit und Umwelt gestellt. In zwei Jahren – nach Beginn dieser Förderperiode – soll überprüft werden, inwieweit diese neuen Regelungen greifen und wie sie sich auf die angestrebten Ziele auswirken.

Selbstverständlich ist, dass auch der Markt immer im Blick behalten werden muss. Nur wenn der Markt, sprich Nachfrage und Kaufverhalten, mit der Produktion einhergeht, können nachhaltige Systeme und Entwicklungen in der Produktion realisiert werden. (z.B. Öko-Produktion in D >10 % und Öko-Kaufverhalten in D ~6,4 %)

3. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder / Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

Die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft beruhen auch darauf, dass die Produkte und erzeugten Lebensmittel zu billig verkauft werden. Daher sind Betriebe auf die Fördergelder angewiesen. Wir wollen uns aber auch dafür einsetzen, dass Betriebe angemessene Preise für ihre Produkte erhalten, so dass sie für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden.

III. Herkunftskennzeichnung / Standardisierung

In Zeiten zunehmender Verbrauchersensibilität sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Bestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist unhaltbar, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts angegeben werden muss. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Produkte entsprechenden transparent gekennzeichnet sind.

Gleichzeitig gehen von der Nahrungsmittelindustrie Bestrebungen zu einer höheren Standardisierung und Anforderungen an landwirtschaftliche Produkte aus. Standards, die häufig die Produkte austauschbarer machen und gleichzeitig die Produktionskosten ohne entsprechende Kompensation erhöhen.

Frage: (Beantwortung von Rolf Faßbender)

1. Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Wir sind für die klare und nachvollziehbare Kennzeichnung von Lebensmitteln. Bei frischem, gekühltem oder gefrorenem Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch besteht bereits eine verbindliche Herkunftskennzeichnung auf EU-Ebene. Grundsätzlich sind hier Aufzucht- und Schlachtungsland des Tieres anzugeben. Bei Rindfleisch sind Angaben zum Ort der Geburt/Mast/Schlachtung und zum Ort der Zerlegung EU-weit verpflichtend geregelt. Als SPD wollen wir und in den kommenden Jahren für die Kennzeichnung von hochverarbeiteten Produkten einsetzen.

2. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken müssen?

Wir sind für eine faire Preisgestaltung, die natürlich auch den höheren Aufwand für Produkte zum Beispiel durch die Einführung von Qualitätszeichen oder Nachhaltigkeitsstandards vergütet.

3. Welche Wege scheinen Ihrer Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung angemessen und durchsetzbar?

Es ist notwendig, dass eingeführte Qualitätsmerkmale wie z.B. der Verzicht auf gentechnisch verändertes Futtermittel oder Nachhaltigkeitsmerkmale bezahlt werden müssen. Hier wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten in den Austausch gehen und an Lösungen arbeiten.

IV. Tierwohl

Das Thema Tierwohl beschäftigt zunehmend auch die Gesellschaft. Oft wird ausschließlich eine biologische Landwirtschaft als Garant für eine artgerechte Tierhaltung gesehen. Allerdings stellen die bedeutenden Investitionsanforderungen in Bezug auf den Stallum- und eventuell Neubau vor allem konventionelle wirtschaftende Betriebe vor große Herausforderungen.

Fragen:

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?

Tierwohl steht für uns auch in der Landwirtschaft an oberster Stelle. Die Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zur Verbesserung des Tierwohls auf unseren Höfen werden wir in den kommenden Jahren gewissenhaft umsetzen. Wir unterstützen den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten Landwirtschaft, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert.

Die Arbeit der Landwirte muss sich lohnen und der höhere Aufwand für besonders tiergerechte Haltungsverfahren muss vergütet werden. Dazu sollten zunächst die Haltungsformen erkennbar und über den Markt honorierbar sein. Den Umbau der Ställe zu besseren Haltungsformen werden wir mit dem Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) unterstützen. Darüber hinaus erforderliche Zahlungen können über Zuwendungen für besondere Haltungsformen erfolgen. Die Finanzierung über eine Produktabgabe oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleisch wird noch diskutiert.

2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?

Wir streben ein bundeseinheitliches Tierwohllabel an, dass bereits im Handel etablierte Zeichen wie die Haltungsformen der Initiative Tierwohl (ITW) des Handels integriert.

3. Wie können Milchviehbetriebe, die in einer teilweisen Anbindehaltung (Kombinationshaltung) wirtschaften, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?

Wir sehen die Anbindehaltung von Rindern nicht als zukunftsfähig an. Dies ist nicht nur in der Haltungsform, sondern vor allem in der arbeitswirtschaftlichen Belastung der Landwirte begründet. Anbindehaltung von Milchkühen gibt es im Saarland fast nicht mehr. Sollten einzelne Betriebe im Saarland noch den Schritt zu einem Neubau wagen, werden sie mit der Agrarinvestitionsförderung unterstützt. Da die Milchquote die Angebotsmenge nicht mehr einzelbetrieblich beschränkt, können diese Betriebe auch noch Wachstumsschritte vollziehen.

4. Wie kann sichergestellt werden, dass Milch aus Kombinationshaltung auch weiterhin im Trinkmilchbereich vermarktet werden kann?

Milch aus Anbindehaltung in Kombination mit Weidegang oder Laufhöfen entspricht der Haltungsform 2 und soll auch beim LEH erst ab 2030 nicht mehr gelistet werden. Wir gehen davon aus, dass im Saarland diese Betriebe bis dahin ihre Haltungsform umgestellt haben.

5. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?

Mit der kompetenten Beratung der Landwirtschaftskammern können hier Konzepte für zusätzliche Laufhöfe und eventuell zusätzliche Stallplätze erarbeitet werden, um die Haltungsform 3 zu erreichen. Diese Planungen können dann mit Unterstützung der AFP-Förderung umgesetzt werden.

V. Digitalisierung

Die Digitalisierung spielt auch in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle. Neben sich ergebenden Chancen sind allerdings auch Risiken in Hinblick auf Datenhoheit und -sicherheit festzustellen und gegeneinander abzuwägen. Ebenso sind zunehmend hohe Investitionsanforderungen an die – schon heute eigenkapitalschwachen – Milchviehbetriebe zu beachten. Diese Anforderungen binden Kapital, welches auch und gerade für Investitionen in anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Bereich Tierwohl, benötigt wird.

Fragen:

1. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?

Die Digitalisierung bietet auch für die Landwirtschaft gute Chancen, wie bspw. die zielgenaue Bewirtschaftung, die nachhaltiger und schonender ausgestaltet werden kann. Außerdem können sich die Landwirtinnen und Landwirte vernetzen und austauschen, sodass auch die Informationsweitergabe schnell und unkompliziert wird. Im Saarland haben wir dafür den GEO-Box-Viewer eingeführt.

Wie in allen Bereichen gibt es aber auch Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Oftmals sind die Systeme bspw. sehr teuer, sodass nicht alle Betriebe sich die Systeme auch leisten können. Fragen der Datensicherheit und -hoheit müssen auch immer berücksichtigt werden.

Als SPD sind wir aber der Auffassung, dass ohne die entsprechende Digitalisierung in der Landwirtschaft mittelfristig keine Fortschritte mehr erzielt werden können. Damit die saarländische Landwirtschaft aber weiter wettbewerbsfähig bleibt, werden wir die Landwirtschaft weiterhin auf ihrem Weg begleiten und unterstützen.

2. Wie möchten Sie die Datenhoheit und Datensicherheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?

Die Datensicherheit und -hoheit liegt in der Verantwortung der Anbieter. Wir werden aber den entsprechenden gesetzlichen Rahmen festlegen.

3. Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?

Wir werden uns für entsprechende Fördermöglichkeiten einsetzen. Das Saarland hat in den vergangenen Jahren beispielsweise SAPOS unterstützt.